

Eine grüne Vision für ein soziales Europa

Hintergrund

Die grüne Vision: eine durch Integration und Zusammenhalt geprägte Gesellschaft

Die europäischen Grünen stehen für ein Europa, das allen Bürgern die Chance gibt, sich zu emanzipieren, ihr eigenes Leben in Vielfalt zu gestalten und an der Gesellschaft teilzuhaben. Die Bürger müssen über die gleichen Chancen und die gleichen Rechte verfügen. Sie müssen in den Genuss einer aktiven Sozialpolitik und einer soliden sozialen Sicherung kommen. Für uns sind diese Ziele ebenso wichtig wie die ökologischen und wirtschaftlichen Ziele. Die Grünen wenden sich gegen eine neoliberale Globalisierung, die die Unsicherheit erhöht und den Wettbewerb aller gegen alle verschärft. Solidarität und Verantwortung müssen die Ecksteine einer durch Integration und Zusammenhalt geprägten Gesellschaft sein.

Die Gesellschaft hat die Pflicht, Bedingungen herzustellen, die es den Bürgern ermöglichen, ihre Talente und Ziele zu entdecken, über ihr Leben selbst zu bestimmen und sich zu beteiligen. Sie muss sich um soziale Gerechtigkeit und soziale Integration für alle Menschen kümmern. Konkret bedeutet dies beispielsweise die Sicherstellung eines allgemeinen Zugangs zu medizinischer Versorgung, Bildung, Wohnraum, menschenwürdiger Arbeit und Sozialleistungen. Wir brauchen ein starkes Wohlfahrtssystem, um unsere Bürger gegen soziale Risiken abzusichern. Die Gesellschaft muss sicherstellen, dass niemand aufgrund seines Geschlechts, seiner ethnischen oder sozialen Herkunft, seines Alters, seiner Religionszugehörigkeit oder seines Glaubens, seiner sexuellen Orientierung oder seiner Behinderung diskriminiert wird. Außerdem muss eine Sozialpolitik, die den Menschen Möglichkeiten eröffnen soll, individuelle Ansätze verfolgen und die Falle einer „Patentlösung“ vermeiden. Wenn eine Gesellschaft allen gesellschaftlichen Pflichten nachkommen will, muss sie umfangreiche Geld- und Personalmittel für sozialpolitische Maßnahmen zur Verfügung stellen. Wir Grüne betrachten dies als Investition in die Menschen und nicht nur als Belastung des Regierungshaushalts. Die Schaffung einer sozial nachhaltigen Gesellschaft ist eine Kernpflicht jeder Regierung. Letztere muss die Gesetze festlegen und sie stärken; sie muss die Finanzierung sozialpolitischer Maßnahmen

organisieren und gewährleisten, dass der Zugang allen Menschen offen steht. Wir Grüne wenden uns gegen die Privatisierung der Systeme der sozialen Sicherheit.

Die Schaffung einer sozial nachhaltigen Gesellschaft ist auch eine Pflicht der Unternehmen. Letztere spielen wie die staatlichen Institutionen und organisierte Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle bei der Herstellung einer sozial nachhaltigen Gesellschaft, da sie einen wichtigen Teil im Leben der Menschen - vor allem in ihrem Berufsleben - mitgestalten. Wir fordern von ihnen, menschenwürdige Arbeitsplätze anzubieten und die Bedingungen für ein Gleichgewicht zwischen Berufs- und Privatleben sowie die Voraussetzungen für lebenslanges Lernen zu schaffen. Darüber hinaus müssen sie sich in erheblichem Maße an der Finanzierung sozialpolitischer Maßnahmen beteiligen.

Für uns Grüne ist eine durch Integration und Zusammenhalt geprägte Gesellschaft keine Einbahnstraße, die vom Staat zum Bürger führt. Wir sind der Auffassung, dass wir alle Verantwortung tragen: für unser eigenes Leben, füreinander und für die Gesellschaft. Wir möchten, dass alle Bürger an einer multiaktiven Gesellschaft teilnehmen, in der bezahlte Arbeit eine Form der Beteiligung ist, aber sicher nicht die einzige. Die Pflege von Familienangehörigen, ehrenamtliche Arbeit, die Teilnahme an Gemeinschaftsinitiativen - all diese Formen der Beteiligung sind für eine nachhaltige Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung und müssen daher gesellschaftlich anerkannt werden. Die Übernahme von Verantwortung durch die Bürger ist für die Schaffung einer sozial nachhaltigen Gesellschaft unerlässlich. Darum ist es so wichtig, zu motivieren und entsprechende Möglichkeiten zu bieten.

Die Umsetzung einer Reihe seit langem bestehender sozialpolitischer Ziele wie die Überwindung der geschlechtsspezifischen Diskrepanz oder die Beseitigung der Armut steht noch aus. Hinzu kommen neue Herausforderungen wie die steigende Personalfuktuation, die wachsende Zahl von Beschäftigten mit unsicherem Arbeitsverhältnis, der Beginn der Globalisierung, die Zuwanderung und die Alterung unserer Gesellschaften. Darum brauchen wir einen ehrgeizigen Umbau unserer Sozialpolitiken und ihrer Finanzierung, die die Solidarität in den Mittelpunkt stellt.

Wir Grüne sind der Auffassung, dass die Schaffung eines sozialen Europas die Gestaltung einer starken Sozialpolitik auf allen Verwaltungsebenen - auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene *und* auf der Ebene der Europäischen Union - erfordert. Eine soziale Union setzt voraus, dass die soziale Integration ein Hauptziel der EU-Politiken wird. Statt rigider Einheitslösungen befürworten wir ein Sozialmodell, das den Menschen gleiche Chancen bietet und es ihnen ermöglicht, über die Art, wie sie ihr Leben leben, selbst zu bestimmen.

Warum wir einen Kurswechsel brauchen

Die Herausforderungen, vor denen die europäischen Gesellschaften stehen, sind enorm. Obwohl Europa einen noch nie da gewesenen Wohlstand erreicht zu haben scheint, gibt es einen Anstieg der Armut und sozialen Ausgrenzung. In den vergangenen 20 Jahren ist es in fast allen europäischen Ländern zu einer ungerechteren wirtschaftlichen Verteilung des Wohlstands gekommen: Der relative Anteil der Löhne und Gehälter am BIP ist im Verhältnis zum Kapitalanteil gesunken, während sich die Ungleichheiten bei der Einkommensverteilung drastisch verschärft haben. Gleichzeitig verringerten eine rigide Politik des Null-Haushaltsdefizits und des Steuersenkungswettlaufs den Spielraum für eine auf Ausgleich und Umverteilung ausgerichtete Sozialpolitik. Eine Globalisierung, die einen Wettlauf „nach unten“ bei den Sozialstandards fördert, die Alterung der Bevölkerung, ein einschneidender technologischer Wandel und soziale Ungleichheiten sind Faktoren, die das europäische Sozialmodell herausfordern. Die Tatsache, dass die Erdölpreise wegen der Energiekrise in die Höhe schießen, erzeugt zusammen mit dem Anstieg der Lebensmittelpreise zusätzliche soziale Risse.

In Wirklichkeit haben die Kommission Barroso und die konservativen Mehrheiten in Rat und Parlament der EU keine Antwort auf diese Herausforderungen gefunden. Stattdessen haben ihre Politiken das europäische Sozialmodell immer weiter ausgehöhlt. Ein sehr aktuelles und bedeutsames Beispiel für diese Tendenz war der Vorschlag des Rates zur Arbeitszeitrichtlinie, der eine durchschnittliche wöchentliche Höchstarbeitszeit von 60 bis 65 oder mehr Stunden ermöglicht. Die Dienstleistungsrichtlinie ist ebenfalls ein deutliches Beispiel für den Kurs, den die Kommission eingeschlagen hat. Auch wenn die am Ende angenommene Richtlinie sich von dem ursprünglichen Bolkestein-Vorschlag stark unterscheidet, so enthält sie dennoch eine große Zahl von Schlupflöchern.

Wichtige Maßnahmen wie die Einführung einer Richtlinie über gemeinwohlorientierte Leistungen, durch die der Zugang zu hochwertigen Gesundheits- und Sozialleistungen sichergestellt werden soll, bleiben aus. Die Kommission unter Leitung von José Manuel Barroso neigt vermehrt dazu, Themen der sozialen Integration beiseite zu schieben und die Vorschriften des Binnenmarktes über die sozialen Grundrechte zu stellen.

Zu oft standen die Grünen in der Vergangenheit allein mit ihrem Angebot einer glaubwürdigen Alternative zu den konservativen und neoliberalen Politiken, die die politische Agenda der EU dominieren, so zum Beispiel im Fall der Dienstleistungsrichtlinie oder bei der Besteuerung von Finanzspekulationen. Zudem sind unter jenen, die behaupten, ein soziales Europa anzustreben, viele, die eine aktive Rolle der EU auf diesem Gebiet ablehnen.

Das derzeit wichtigste sozialpolitische Instrument der EU ist die offene Methode der Koordinierung (OMK). Bislang hat sie darin versagt, die soziale Dimension Europas zu

stärken, da sie den einseitigen wirtschafts- und haushaltspolitischen Zielen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und der Binnenmarktagenda von Lissabon untergeordnet ist. Diese Unterordnung muss beseitigt werden, wenn die OMK Ergebnisse liefern soll.

Die europäischen Grünen kritisieren ferner in aller Schärfe die jüngsten Urteile des Europäischen Gerichtshofes in den Arbeitsmarkt betreffenden Fällen (Laval, Viking und Rüffert), durch die die sozialen Rechte der Arbeitnehmer und das Recht der Gewerkschaften, sich zu organisieren und für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu kämpfen, untergraben werden.

Der derzeitige Kurs darf nicht weiterverfolgt werden, da seine schlimmen sozialen Folgen allzu offensichtlich sind.

Auch wenn die EU eine der wirtschaftlich stärksten Regionen der Welt ist, zeigen die Statistiken, dass Armut in Europa ein ernstes Problem darstellt. Insgesamt leben 76 Millionen EU-Bürger unterhalb der Armutsgrenze (ein Haushaltseinkommen, das 60 Prozent oder weniger vom mittleren nationalen Haushaltseinkommen beträgt) und 36 Millionen leben knapp über der Armutsgrenze.

Fast 20 Prozent oder 18 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sind armutsgefährdet. In den letzten drei Jahrzehnten stieg die Kinderarmut erheblich an und liegt in allen Mitgliedstaaten höher als die Armut in der Gesamtbevölkerung. Kinder mit dem höchsten Armutsrisiko leben in Familien mit nur einem Elternteil und in Migrantenfamilien. Wenngleich sich die Situation der Alten in den vergangenen Jahrzehnten allgemein verbessert hat, lebt noch immer eine hohe Zahl von ihnen in Armut. Nach Angaben der EU-Kommission trifft das für jede sechste ältere Person, und dabei hauptsächlich für Frauen, zu.

Armut geht mit hohen Arbeitslosenquoten einher. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt EU-weit weiterhin knapp unter 20 Prozent und damit doppelt so hoch wie die allgemeine Arbeitslosenquote. Zudem gibt es in Europa einen Anstieg der Erwerbsarmut. So sind trotz des Anstiegs der Beschäftigungsquote von Frauen in den letzten Jahren viele neu geschaffene Frauenarbeitsplätze im Dienstleistungssektor unsicher und schlecht bezahlt. Nur 6,6 Prozent der Männer, aber 30,5 Prozent der Frauen in der EU haben einen Teilzeitarbeitsplatz, wobei ihnen wegen fehlender bezahlbarer Kinderbetreuungseinrichtungen oft keine andere Wahl bleibt. Daneben sind immer mehr Menschen gezwungen, Zeitarbeitsverträge ohne gleichwertigen sozialen Schutz anzunehmen. Insgesamt sind acht Prozent aller Beschäftigten aufgrund ihrer unsicheren Situation oder niedriger Löhne als armutsgefährdet anzusehen.

Die Umwandlung in eine stärker wissensbasierte Wirtschaft erhöht die Gefahr einer zweigeteilten Gesellschaft, da eine wachsende Zahl von Menschen mit niedrigerem Bildungsgrad Gefahr läuft, strukturell nicht mehr gebraucht zu werden. Gleichzeitig sind

unsere Bildungssysteme bisher nicht in der Lage, die besonderen Fähigkeiten aller Menschen zu entwickeln. In vielen Ländern leidet die Qualität der Bildung unter Personalmangel und fehlender Infrastruktur. Darüber hinaus sind eine dauerhafte individuelle Unterstützung und innovative Lernmethoden nicht weit verbreitet. Derzeit bestimmt die soziale Herkunft in hohem Maße über den Bildungsinhalt junger Menschen. Zu viele Kinder aus Familien mit geringem Einkommen und einem anderen ethnischen und kulturellen Hintergrund fallen aus unserem Bildungssystem heraus.

Die wachsende Zahl von Menschen, die aus Gründen der Arbeit, des Urlaubs oder des Studiums in ein anderes EU-Land gehen, macht eine bessere Koordinierung der Gesundheitspolitiken und Gesundheitssysteme in der EU erforderlich. Diese Notwendigkeit wird durch die wachsende Zahl von Patienten und Angehörigen der Gesundheitsberufe, die medizinische Versorgung in einem anderen EU-Land in Anspruch nehmen oder anbieten, noch verstärkt. Diese Notwendigkeit einer besseren europäischen Koordinierung entsteht in einer Zeit, in der die Gesundheitssysteme EU-weit vermehrt Schwierigkeiten haben, mit den Erwartungen der Bürger, der Alterung der Bevölkerung sowie der Einführung neuer Gesundheitstechnologien und -methoden im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel Schritt zu halten.

Wir brauchen eine starke europäische Sozialpolitik, die die nationalen Sozialsysteme ergänzt und unterstützt, indem sie soziale Rechte garantiert und das Ziel einer wirklich integrativen Gesellschaft verwirklicht.

Ein wirklich gerechtes und nachhaltiges soziales Europa bedarf einer globalen Perspektive. Die derzeitige ungerechte und aggressive Handels- und Zuwanderungspolitik gegenüber den Entwicklungsländern ist destruktiv. Langfristig wird eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Wohlstand benötigt - nicht nur in Europa, sondern weltweit. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die EU sich das Hauptziel der Förderung eines grundlegenden Übergangs zu einem ausgewogenen und gerechten Globalisierungs- und Entwicklungsmodell zu eigen machen. Mit Blick auf die Beziehungen zu Entwicklungsländern umfasst dies Handelsbeziehungen auf der Grundlage von Nicht-Gegenseitigkeit und spezifische Unterstützung bei der Erfüllung von Menschenrechts-, Umwelt- und Sozialstandards. Dringend gebraucht werden zudem Politiken zur Schaffung stabiler und entwicklungsfreundlicher Finanzmärkte, mehr Entwicklungshilfe und eine umfassende Strategie für die Sicherheit der Menschen.

Was ist ein soziales Europa? Unsere Vorschläge

Menschen nehmen in verschiedenen Rollen und in verschiedenen Bereichen an der

Gesellschaft teil: Familie, Berufsleben, Gemeinschaft, soziale Netzwerke, Bildung, Märkte, Demokratie usw. Die europäischen Grünen stellen fest, dass die fehlende Möglichkeit eines Zugangs zu einem oder mehreren dieser Bereiche zu sozialer Absonderung und schließlich zu Ausgrenzung führen kann. Eine Gesellschaft, die Ausgrenzung akzeptiert, schadet ihren Mitgliedern und sich selbst. Die soziale Integration aller Mitglieder einer Gesellschaft ist daher nicht nur moralisch geboten, sondern unveräußerliches Recht eines jeden Bürgers sowie Grundvoraussetzung für eine freie, partizipative und friedliche, aber auch innovative und dynamische Gesellschaft. Soziale Integration ist außerdem Vorbedingung für eine Gesellschaft, in der Männer und Frauen gleichgestellt sind und die frei von Diskriminierung ist.

Unser Konzept der sozialen Integration umfasst die sozialen Grundrechte wie das Recht auf Einkommen, erschwinglichen Wohnraum, medizinische Versorgung, Bildung, Arbeit, eine gesunde Umwelt und Kultur sowie die Gewährleistung sozialer Sicherheit. Es beinhaltet ebenso ein gerechtes berufliches Einkommen, ausreichende Leistungen für Bedürftige, freien Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie Kinderbetreuung, aber auch den individuellen Anspruch auf eine Grundausstattung mit Gütern und gemeinwohlorientierte Leistungen: Energie, Wasser, Mobilität im Rahmen eines gut entwickelten öffentlichen Verkehrssystems, öffentlichen Freiraum für Kinder und Jugendliche, in dem sie ihre Ideen umsetzen können, öffentliche Unterstützung durch die umweltfreundliche Anpassung von Wohnraum und öffentlichem Raum, gesunde Lebensmittel und eine Vielzahl nützlicher und barrierefreier sozialer Hilfsdienste. Leben ist mehr als Schlafen, Essen und Arbeit.

In Europa liegt die Organisation des Sozialstaates bislang im Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten. Wenngleich wir der Auffassung sind, dass es nicht das Ziel der Europäischen Union sein darf, ein einheitliches Sozialstaatsmodell zu entwickeln, das alle einzelstaatlichen Modelle ersetzen soll, so sollte sie dennoch eine wichtigere Rolle in diesem Bereich spielen. Die Grünen streben keine totale Harmonisierung eines EU-Sozialmodells an, sondern Mindestnormen, die von allen Sozialstaaten eingehalten werden müssen. Darüber hinaus können die verschiedenen Praktiken und Modelle der Mitgliedstaaten weiter bestehen, wenn die Bürger dies wünschen.

Da wir die soziale Gerechtigkeit innerhalb und außerhalb der Mitgliedstaaten stärken wollen, muss die EU zunächst die Initiative ergreifen und die Konvergenz der Sozialstandards ihrer Mitgliedstaaten fördern. Es gibt in der EU keine Bürger zweiter Klasse. Beispielsweise sind wir Grüne der Auffassung, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU durch ein Abkommen ersetzt werden muss, in dem auch die nachhaltigen Entwicklungsziele berücksichtigt werden, die wir in den Mittelpunkt der EU-Strategie stellen wollen. Konkret bedeutet dies, dass ein solches Abkommen zum Beispiel verbindliche Ziele vorgeben muss in Bezug auf die Senkung der Treibhausgasemissionen, die Arbeitslosenquote, den Grad der Armut - insbesondere bei Kindern - und den Grad der Erschöpfung natürlichen Kapitals. Wirtschafts- und Sozialpolitik müssen einander in nachhaltiger und gerechter Weise ergänzen.

Da die EU-Bürger ein Recht auf Freizügigkeit haben, muss zudem einiges getan werden, um sicherzustellen, dass alle Menschen mit rechtmäßigem Wohnsitz in der EU über eine ausreichende soziale Absicherung verfügen, wenn sie in einem anderen Mitgliedstaat leben, studieren oder arbeiten oder auch nur dorthin reisen.

Ferner sind die Grünen der Ansicht, dass die EU im Geiste einer erweiterten Solidarität die Zusammenarbeit zwischen ihren Mitgliedstaaten fördern muss, damit auf freiwilliger Basis gemeinsame Initiativen im Bereich der Sozialpolitik entwickelt werden.

Sicherstellung eines menschenwürdigen Einkommens

Mangelnde wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist ein Faktor für soziale Ausgrenzung. Beschäftigung mag nicht der einzige Weg zur Teilnahme an der Gesellschaft sein, aber sie schafft Einkommen, ermöglicht soziale Kontakte, erlaubt es dem Bürger, sich politisch und sozial zu organisieren, und öffnet in vielen Fällen den Zugang zu Leistungen der sozialen Sicherheit. Ein menschenwürdiges Einkommen ist ein entscheidender Faktor für soziale Integration. Deshalb möchten wir Grüne den Zugang aller Bürger zu menschenwürdigen Arbeitsplätzen so weit wie möglich öffnen und die Bereitstellung von Einkommen (Arbeitslosengeld, Elterngeld, Altersversorgung, Sozialbeihilfen, Studienbeihilfen usw.) in Lebensphasen ohne bezahlte Vollzeitarbeit gewährleisten.

Atypische Beschäftigungsverhältnisse haben endgültig Einzug in unser Berufsleben gefunden, und die Definition von Arbeit hat sich ebenfalls geändert; wir müssen unsere Rechtsvorschriften dementsprechend anpassen. Die soziale Absicherung von Zeitarbeitskräften, projektbezogenen Arbeitskräften und Unternehmern ist unzureichend. Ein erheblicher Teil der erwachsenen Bevölkerung wird auf dem Arbeitsmarkt an den Rand gedrängt, weil es keine lohnende Arbeit gibt und die Vorschriften der sozialen Sicherheit verhindern, dass sie eine Arbeit finden oder annehmen können. Wir müssen ein Sozialmodell schaffen, das Zeitarbeitskräften oder Menschen, die ihr Einkommen aus der Verbindung von freiberuflicher Arbeit, Unternehmertum und Wissen erzielen, die gleiche Sicherheit bietet wie „normal Beschäftigten“. Wir brauchen eine Reform der sozialen Sicherheit und des Steuersystems, um die Grundsicherung zu verbessern und Erwerbstätigkeit zu fördern.

Darum schlagen die Grünen Folgendes vor:

- **gerechte Löhne für gerechte Arbeit:** siehe Abschnitt „Menschenwürdige Arbeit“

- **ein Mindesteinkommen**, das allen Bedürftigen durch das System der sozialen Sicherheit garantiert wird und das über der Armutsgrenze liegt. Dieses Einkommen kann Sachleistungen umfassen. Außerdem schlagen wir Grüne vor, die Möglichkeit und Auswirkungen von Grundeinkommensmodellen hinsichtlich Auflagenbindung und Allgemeingültigkeit zu prüfen.
- **die Indexierung aller Beihilfen der sozialen Sicherheit** anhand des Anstiegs des nationalen Pro-Kopf-Einkommens, um mindestens eine stabile Einkommensersatzrate zwischen Sozialleistungen und anderen Einkommen herzustellen.
- **eine gerechte und progressive Einkommensteuer**: Wir Grüne sind der Auffassung, dass bei der Besteuerung von Einkommen alle Einkommensquellen zu berücksichtigen sind, um Gerechtigkeit zu gewährleisten. Oberhalb einer Mindestgrenze muss die Einkommensteuer progressiv sein, um sicherzustellen, dass die Menschen gemäß ihrer Finanzkraft einen Beitrag leisten. Steuerermäßigungen müssen sozial und ökologisch gerecht sein und nachhaltige Investitionen fördern.

Gemeinwohlorientierte Leistungen: ein wesentlicher Beitrag zur Integration

Um eine durch Integration und Zusammenhalt geprägte Gesellschaft zu verwirklichen, stehen die Regierungen in der Pflicht sicherzustellen, dass alle Bürger Zugang zu einer Reihe von hochwertigen gemeinwohlorientierten Leistungen haben. Diese Leistungen müssen die Bereiche medizinische Versorgung, Bildung, soziale Sicherheit, Energie und Wasser, öffentlicher Verkehr, Kinderbetreuung, Abfallbeseitigung, Zugang zu Informations- und Kommunikationsnetzen und Postdienstleistungen umfassen. Öffentliche Güter wie das Justizsystem, die innere und äußere Sicherheit, Verwaltung und Infrastruktur können selbstverständlich am besten durch den öffentlichen Sektor gewährleistet werden. Einige wirtschaftliche Tätigkeiten könnten jedoch auch von staatlichen Unternehmen übernommen werden, wenn die Gemeinschaft das für den besten Weg im Interesse aller hält.

Die Grünen vertreten in Bezug auf die Eigentümerschaft bei Diensten und Industrien keinen ideologischen Standpunkt; unterschiedliche Umstände in unterschiedlichen Ländern erfordern unterschiedliche Lösungsansätze. Was wir anstreben, ist ein gleicher und erschwinglicher Zugang, eine hohe Qualität der Dienstleistung sowie die Einbeziehung der globalen Umwelt- und Sozialkosten. Festzuhalten ist, dass es im Bereich der Versorgungswirtschaft keinen eindeutigen empirischen Beweis dafür gibt, dass der Privatsektor seine Aufgaben besser, zügiger und wirksamer erfüllt als der öffentliche

Sektor. Des Weiteren sind wir der Meinung, dass die öffentlichen Dienste eine besondere Rolle zu spielen haben, indem sie den sozialen Zusammenhalt gewährleisten. In anderen Bereichen wie Bildung, medizinische Versorgung, Wasser und öffentlicher Verkehr muss der öffentliche Sektor weiterhin die wichtigste Rolle spielen, da die kalte Logik des Marktes dazu tendiert, die Ärmsten auszuschließen und weitere Ungleichheiten zu erzeugen.

Die Öffnung der Märkte ist kein Selbstzweck, sondern kann ein Werkzeug sein, um einen hochwertigen Universaldienst zu ermöglichen. Im Falle von Widersprüchen zwischen dem Ziel eines Universaldienstes und der Liberalisierung müssen andere Werkzeuge zur Gewährleistung eines Universaldienstes gefunden oder beibehalten werden. Entscheidend ist sicherzustellen, dass in allen Fällen, auch bei wirtschaftlichen Dienstleistungen, das Allgemeinwohl Vorrang hat vor den Regeln des Wettbewerbs. Um das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung zu erreichen, ist es in der Tat erforderlich, das Allgemeinwohl in allen Aktivitäten, wirtschaftsbezogenen wie wirtschaftsfremden, zu berücksichtigen.

Ferner haben sich die Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienste wie des Postdienstes oder des öffentlichen Verkehrs in vielen Fällen schädlich auf die Beschäftigungslage ausgewirkt. Allgemeine Besonderheiten der Beschäftigung im öffentlichen Sektor wie ein hoher Anteil von Gewerkschaftsmitgliedern, große, von Tarifverhandlungen erfasste Bereiche und relativ homogene Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen werden durch die in einigen Ländern erfolgte Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Dienste in Frage gestellt.

In zahlreichen Sektoren und Ländern gibt es keine oder unterschiedliche Tarifverträge, und die dortigen Arbeitsnormen sind niedriger (niedrigere Löhne und längere oder flexiblere Arbeitszeiten). Das Nichtvorhandensein gleicher Wettbewerbsbedingungen droht den Wettbewerb in diesen Sektoren in eine Abwärtsspirale zu stürzen mit dem Ergebnis, dass einige Anbieter ihre Wettbewerbsfähigkeit mittels Lohndumping steigern.

Darum schlagen wir Grünen Folgendes vor:

- **die Garantie eines Basisschwellenwertes für die Wasser- und Energieversorgung:** Wasser und Energie sind Grundbedürfnisse des Lebens; die Grünen befürworten die Bereitstellung von Mindestmengen in Verbindung mit progressiven Tarifen, die steigende Preise bei steigenden Mengen vorsehen und eine verantwortungsvolle Ressourcennutzung fördern.
- **die Demokratisierung der Beschlussfassung in Bezug auf gemeinwohlorientierte Leistungen:** Um gleiche Lebenschancen garantieren zu können, müssen politische Entscheidungsträger die Bürger an Gesprächen über und der Festlegung von Qualitätsniveaus und Qualitätsnormen für gemeinwohlorientierte Leistungen beteiligen. Die Universaldienstverpflichtungen müssen in jedem Mitgliedstaat durch die jeweilige Regierung festgelegt werden; dabei muss die Beteiligung von Interessenvertretern wie

Verbraucherschutzorganisationen und Sozialpartnern sichergestellt werden.

- **die Herstellung menschenwürdiger Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen**, die die Produktivität und die Qualität der Leistungen positiv beeinflussen. Neue Anbieter müssen am Tarifvertragssystem teilnehmen und reguläre Arbeitsverträge sowie ein menschenwürdiges Einkommen anbieten, um Dumpingprozesse in einem liberalisierten Sektor zu verhindern.
- **Entscheidungsfreiheit in Bezug auf die Art und Weise der Sicherstellung eines gleichen Zugangs zu öffentlichen Diensten:** Den Mitgliedstaaten muss das Recht auf Bereitstellung aller Arten von Universaldienstverpflichtungen in ihrem Hoheitsgebiet eingeräumt werden. Jeder Mitgliedstaat kann selbst darüber entscheiden, wie er Qualitätsnormen für öffentliche Dienste wie den gleichen Zugang zu Postdienstleistungen in entlegenen und dünn besiedelten Gebieten sicherstellen will - beispielsweise durch staatliche Monopole oder durch die Subventionierung von Universaldienstleistungen in dünn besiedelten Gebieten.
- **eine EU-Richtlinie über gemeinwohlorientierte Leistungen:** Um die soziale Dimension der EU entwickeln zu können, muss eine EU-Richtlinie über gemeinwohlorientierte Leistungen erarbeitet und eingeführt werden, die die öffentlichen Dienste auf eine solide und unabhängige rechtliche Grundlage stellt, in der die Ziele des freien Marktes, die die öffentlichen Dienste dominieren, keinen Platz haben. Gemeinwohlorientierte Leistungen sind Leistungen, die im Rahmen eines Systems der öffentlichen Dienste oder Universaldienstverpflichtungen von einer zuständigen öffentlichen Behörde überwacht werden.

Bildung - das Fundament einer nachhaltigen Gesellschaft

Bildung ist mehr als die Erlangung eines Bildungsabschlusses. Sie ist ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaft, der es allen Menschen ermöglicht, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und ihr Leben selbstbestimmt auf der Grundlage von Selbsterfüllung und Solidarität zu gestalten. Sie steht im Mittelpunkt der grünen Vision von einer nachhaltigen Gesellschaft. Sie ist eine moralische Notwendigkeit, weil alle Menschen mit gleichen Rechten auf die Welt gekommen sind, und sie ist ein wichtiges Werkzeug, mit dem verhindert werden kann, dass das Leben der Menschen in hohem Maße von der sozialen Herkunft bestimmt wird. Auch die Stärkung des allgemeinen Rechts auf Bildung ist eine Grundvoraussetzung für die Einrichtung eines kreativen Europas, dessen Aufgabe und Pflicht es ist, eine nachhaltige Welt zu schaffen. Darum muss Bildung eine Haushaltspriorität werden.

Wurzel vieler gesellschaftlicher Übel wie Ausgrenzung, Diskriminierung, Arbeitslosigkeit und Armut ist unter anderem das Versagen des Bildungssystems. Zu oft werden die sozialen Ungleichheiten zwischen Kindern in der Schule nicht verringert, sondern mitunter sogar noch verschärft. Schule ist der Ort, wo Integration - oder Ausgrenzung - beginnt. Darum muss der Erfolg aller Schüler das Ziel sein; es muss sichergestellt werden, dass alle Kinder sich Wissen und Fähigkeiten aneignen können und angemessene Unterstützung - sowohl intellektueller als auch praktischer Art - erhalten, und es muss vermieden werden, Kinder zu früh in zu enge Bildungsschemata zu pressen.

Wir Grüne sehen Bildung nicht nur als akademisches Konzept. Schule ist auch der Ort, an dem Kinder ihre Persönlichkeit und ihre Fähigkeiten in allen Bereichen, wie beispielsweise Künste, Natur und Sport, entwickeln können. Unsere Bildungssysteme müssen all diese Dimensionen von Beginn an integrieren und auch das Lernen aus Erfahrung einbeziehen. Dies erfordert eine engere Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen und einer Vielzahl lokaler Vereinigungen.

Zunächst der Kindergarten, und dann die Schule, sind die ersten Orte außerhalb der Familie, an denen Kinder am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Diese Institutionen bestimmen in hohem Maße, wie Kinder die Gesellschaft wahrnehmen. Darum ist es von entscheidender Bedeutung, dass Bildungseinrichtungen ein Ort sind, an dem Werte wie Demokratie, Solidarität, Gewaltfreiheit und ökologisches Bewusstsein nicht nur vermittelt, sondern Tag für Tag vorgelebt werden. Vor diesem Hintergrund ist es uns ein starkes Anliegen, dass alle Akteure - Schüler und Studenten, Lehrer, Eltern und betroffene externe Partner - an der Leitung der Bildungseinrichtungen beteiligt werden. Sie müssen außerdem ein Ort sein, an dem das Leben in einer multikulturellen Gesellschaft und die Wertschätzung von Vielfalt und interkulturellem Austausch erlernt wird. Starke grenzübergreifende Partnerschaften zwischen Bildungseinrichtungen sind ein ausgezeichnetes Mittel, um den Horizont der Studenten zu erweitern und Aufgeschlossenheit zu fördern.

Außer einem Ort des Lernens sind Bildungseinrichtungen auch ein Ort, an dem Menschen einen großen Teil ihres aktiven Lebens verbringen. Daher müssen sie den Menschen ein sicheres und gesundes Arbeitsumfeld zur Verfügung stellen, das die Voraussetzung für die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und der eigenen Fähigkeiten ist.

Außerdem ist Bildung nicht etwas, das man ausschließlich in seiner Jugend erwirbt; in einer sich wandelnden Welt sind die Ziele und Bedürfnisse der Menschen in Veränderung begriffen. Alle Menschen müssen die Möglichkeit haben, sich ihr ganzes Leben hindurch zu bilden.

Da Bildung ein Grundrecht und ein Grundbedürfnis darstellt, wenden wir Grüne uns in aller Schärfe dagegen, Bildung von Marktmechanismen, ganz gleich auf welcher Ebene, beherrschen zu lassen. Wir betrachten sie als eine der wichtigsten gemeinwohlorientierten

Leistungen; deshalb müssen die Regierungen sich wieder der Verantwortung stellen, die Ziele ihrer Bildungssysteme unabhängig von kurzfristigen Wirtschaftsinteressen festzulegen und entsprechende Mittel zur Erreichung dieser Ziele bereitstellen. Vor diesem Hintergrund müssen Bildungseinrichtungen einen Grad an Autonomie genießen, der sie in die Lage versetzt, über den besten Weg zur Erreichung dieser Ziele zu entscheiden.

Darum schlagen wir Grüne Folgendes vor:

- **kostenlose Bildung:** Die Regierungen müssen unter Vermeidung von Diskriminierungen allen Schülern einen kostenlosen Zugang zu Kindergärten, Grundschulen und weiterführenden Schulen garantieren. Hochschulbildung sollte ebenfalls kostenlos sein; kein Land kann es sich leisten, seine Ressourcen zu verschwenden und nur wohlhabenden Bürgern den Zugang zu Hochschulbildung zu ermöglichen.
- **Antidiskriminierungs- und Antisegregationsmaßnahmen:** Um die Zahl der Schulabbrecher zu senken, unterstützen die Grünen Bemühungen (Personal, Infrastruktur), die darauf abzielen, den schwächsten gesellschaftlichen Gruppen eine wirkliche Integration in unsere Bildungssysteme zu ermöglichen. Deshalb setzen wir uns für die Einrichtung von integrativen Schulen ein, die Schüler und Studenten unterschiedlicher sozialer Herkunft zusammenbringen und zusammenhalten soll. Schulen, die in Gebieten mit einem höheren Grad an ethnischer oder sozialer Vielfalt liegen, müssen gefördert werden. Der Bildungsinhalt selbst muss offener für kulturelle Vielfalt werden.
- Alle Bildungseinrichtungen müssen aktiv dazu beitragen, die Gleichstellung von Männern und Frauen in unserer Gesellschaft zu verwirklichen. Dies beinhaltet die Aufnahme entsprechender Themen in die Lehrpläne, die Bekämpfung sexistischer Vorurteile in Lehrplänen wie in Lehrbüchern sowie besondere Bemühungen um die Herstellung des Geschlechtergleichgewichts bei Lehrern und in der Schulleitung und Schulverwaltung. Sexistische Vorurteile müssen in der Schule aktiv bekämpft werden.
- **Umwandlung der Kindergärten** in Orte des Lernens und des Austauschs für Kinder wie Eltern, an dem Workshops und Einzelberatungen angeboten werden, um die Eltern in ihrer Rolle als Erzieher zu unterstützen.
- **Einsatz hochqualifizierten pädagogischen Personals in den Kindergärten.**
- **Schaffung von Raum für mehr individuell gestaltete und projektbasierte Aktivitäten in Kindergarten und Schule**, um ein „Lernen durch Erfahrung“ zu ermöglichen.

- **Bildung auf der Grundlage individueller Unterstützung**, um Schülern und Lehrern in ihrem Lernprozess ein ausreichendes Maß an Hilfe und Orientierung zu geben. Voraussetzung dafür sind kleinere Klassen und mehr Lehrer an den Schulen.
- **Erstellung von Unterrichtsmaterial, das der nationalen Sicht** auf Geschichte und Kultur eine europäische und globale Perspektive hinzufügt.
- **Demokratische Beteiligung von Schülern und Studenten** an Entscheidungen über die Nutzung der Ressourcen ihrer Schule bzw. Hochschule und über die Prioritäten ihrer Lehrpläne.
- **Eine Studienbeihilfe**, zu der alle Studenten Zugang haben und die an eine aktive Beteiligung am Lehrplan geknüpft ist, damit alle jungen Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft ein Hochschulstudium aufnehmen können.
- **Ausweitung der Studentenaustauschprogramme der EU auf alle Bürger**: eine Erfolgsgeschichte der EU im Bereich der Bildung sind die verschiedenen Studentenaustauschprogramme (Erasmus, Comenius usw.). Die Grünen setzen sich dafür ein, diese Programme auszuweiten, und befürworten die Einführung grenzüberschreitender Studienprogramme, um den transnationalen Austausch zu vertiefen. Unser Ziel ist, es allen europäischen Schülern und Studenten zu ermöglichen, mindestens einmal im Laufe ihrer weiterführenden Schullaufbahn bzw. ihres Studiums an einem dieser Programme teilzunehmen. Zusätzlich fordern wir dieselbe finanzielle Förderung von Programmen zur allgemeinen und beruflichen Bildung im Laufe des Berufslebens (z.B. Leonardo da Vinci), insbesondere in Sektoren für gering Qualifizierte. Alle europäischen Bürger müssen unabhängig von ihrem akademischen oder wirtschaftlichen Hintergrund die Möglichkeit erhalten, im Ausland zu leben, zu studieren und zu arbeiten.
- **Förderung einer nachhaltigen entwicklungsorientierten Bildung**: Da Europa die Chance hat, Vorreiter bei der Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung zu werden, befürworten die Grünen Programme, die Studenten dazu ermutigen, sich für Studiengänge - sowohl technische als auch humanwissenschaftliche Studienfächer - zu entscheiden, die dieses Ziel unterstützen. Gleichzeitig muss das Thema nachhaltige Entwicklung als interdisziplinäre Dimension in die Studienpläne integriert werden.
- **Lebenslanges Lernen** ist ein Grundrecht, das allen Menschen, unabhängig von Alter oder sozialer Stellung, und der gesamten Gesellschaft zugute kommt. Die Regierungen müssen niedrighschwellige Einrichtungen schaffen und sich auf diejenigen konzentrieren, die keinen Zugang zu diesen Einrichtungen haben. Siehe auch „Menschenwürdige Arbeit“.

- **Regierungen müssen die volle Verantwortung für die Finanzierung der Bildungssysteme übernehmen**, einschließlich der Hochschulbildung. Wir lehnen die Auslegung der EU-Wettbewerbs- und Binnenmarktregeln, nach der eine solche Finanzierung eine Diskriminierung privater Anbieter darstellt, entschieden ab. Ebenso müssen weiterhin die Regierungen, und nicht private Rating- oder Akkreditierungsagenturen, für die Überwachung und Bewertung der Qualität der Bildungssysteme zuständig sein.

Eine integrative Gesellschaft für ältere Menschen

Die Tatsache, dass die meisten Menschen in den Ländern Europas dank wachsenden Wohlstands und längerer Lebenserwartung die Möglichkeit haben, nach ihrem Berufsleben ein gutes Leben zu führen, ist eine historische Verbesserung. Selbst in Zeiten des demografischen Wandels in den Ländern Europas wollen die europäischen Grünen sicherstellen, dass alle Menschen die gleichen Chancen auf einen menschenwürdigen dritten Lebensabschnitt haben. Wir sind der Meinung, dass alle älteren Menschen die gleichen Chancen haben müssen, ihr eigenes Leben so gut und so lange wie möglich zu wählen und zu gestalten. Dies ist Teil unserer Vision einer Gesellschaft der gleichen Chancen auf Entwicklung und Selbstverwirklichung. Allen Menschen muss unabhängig vom Alter das Recht zukommen, für ihr eigenes Leben Verantwortung zu übernehmen und es selbst zu gestalten sowie aktiv an der Gesellschaft teilzunehmen.

Die politische Gesellschaft steht in der Pflicht, dies auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene sicherzustellen. In allen europäischen Ländern sind die älteren Menschen weit davon entfernt, über die gleichen Chancen zu verfügen; deshalb ist es unsere gemeinsame politische Pflicht, ein Umfeld zu schaffen, in dem Kontinuität, Selbstbestimmung und die Nutzung der eigenen Fähigkeiten unter Wahrung der Identität der älteren Menschen gefördert werden.

In unseren Gesellschaften erhalten viele alte Menschen aufgrund des sich wandelnden Familien- und Berufslebens, inadäquater Sozialfürsorgesysteme und der Drosselung der Staatsausgaben nur unzureichende Unterstützung. In vielen Fällen bestimmt die Kaufkraft darüber, wer die besten Chancen hat, sein Leben nach seinen eigenen Vorstellungen gestalten zu können. Wegen des Mangels an qualitativ hochwertigen öffentlichen Pflegeeinrichtungen, sind ältere Menschen und ihre Familien in diesen Situationen oftmals auf sich allein gestellt. Zusammen mit der wachsenden Ungleichheit bei Renten führt dies zu neuen Formen sozialer Unterschiede in Bezug auf die Lebenschancen älterer Menschen in europäischen Ländern.

Darum schlagen wir Grüne Folgendes vor:

- **Präventivmaßnahmen:** Die europäischen Grünen legen den Akzent auf Präventivmaßnahmen im Berufsleben, eine gesunde Lebensumwelt und einen Lebensstil, der ein langes und möglichst gesundes Leben ermöglicht¹. Hohe Priorität haben für uns Präventivmaßnahmen, die sozialen Gruppen mit den schlechtesten Lebenschancen zugute kommen.
- **Die Notwendigkeit einer kostenlosen praktischen Hilfe, Rehabilitation und Pflege für alle.** Die Gesellschaft muss die notwendige praktische Hilfe, Rehabilitation und Pflege in einer Form anbieten, dass sich die Chancen der älteren Menschen, über ihr Leben selbst zu entscheiden, verbessern; dazu gehört auch die Möglichkeit der Entwicklung sozialer Netzwerke, die ältere und andere Menschen umfassen.
- **Flexible Wohnmöglichkeiten:** Die Grünen möchten allen älteren Menschen die Möglichkeit geben, zu Hause ein unabhängiges Leben zu führen, so lange sie dies können und wollen. Die Regierungen müssen neue Wohnformen wie generationsübergreifendes Wohnen und Wohngemeinschaften fördern, um die Versorgung innerhalb des gewohnten Lebensbereichs sicherzustellen. Sie müssen Wohnungsbaunormen fördern, die einen lebenslangen Bezug der Wohnungen ermöglichen.
- **die Steigerung der Vielfalt in unseren Pflegesystemen:** Da die erste Generation von Zuwanderern nun in Rente geht, müssen sämtliche Fürsorgeleistungen der Altenpflege an die größere ethnische Vielfalt angepasst werden. Bei der individuellen Pflege müssen nun neue Bedürfnisse und Anforderungen wie z. B. besondere Anforderungen an das Essen und religiöse Einrichtungen berücksichtigt werden.

... und für die Kinder

Die europäischen Grünen sind der Auffassung, dass die Entwicklung und Maximierung der Lebenschancen aller Kinder eines der Hauptziele aller europäischen Gesellschaften sein muss. Kinder müssen aus zwei Gründen im Mittelpunkt der europäischen Wohlfahrtsgesellschaften des 21. Jahrhunderts stehen. Erstens sind die europäischen Grünen der Auffassung, dass die Entwicklung unserer Kinder ein wichtiges Ziel an sich

¹ Siehe hierzu beispielsweise Abschnitte zur Gesundheitsversorgung und zu den Arbeitsbedingungen.

darstellt, da sie allen Mitgliedern der kommenden Generationen ermöglicht, an der Gesellschaft und am Berufsleben teilzunehmen. Zweitens sind die Unterstützung der Familien in all ihrer Vielfalt und die Entwicklung der Kinder von großem gesellschaftlichem Nutzen. Sie tragen dazu bei, dass sich in unseren Gesellschaften die Generationen mischen; sie sind ein Mittel, um die Solidarität zwischen den Generationen zu stärken; sie eröffnen allen Eltern eine gerechte und erschwingliche Möglichkeit, Arbeit, beruflichen Erfolg und Familienleben miteinander zu vereinbaren und setzen damit an der Wurzel des Problems der Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts an. Schließlich ist die Investition in die Sicherstellung der persönlichen Entwicklung und von mehr Bildung unerlässlich, wenn wir wollen, dass die europäischen Gesellschaften einen Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen leisten, vor denen unser Planet steht.

Die traditionelle Sichtweise, dass allein die Familie für die Pflege und Entwicklung unserer Kinder zuständig ist und dass eine Familie aus dem Mann, der sich um den Broterwerb kümmert, und seiner Frau besteht, prägt weiterhin die Sozialpolitiken in ganz Europa. Dies ist kontraproduktiv, weil Familien instabiler werden, Frauen arbeiten und ihre Karriere verfolgen wollen, immer mehr Männer am Familienleben teilhaben wollen und eine Familie mit nur einem Einkommen nicht mehr in der Lage ist, einen angemessenen Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Das Verhaftetbleiben in traditionellen Vorstellungen und Familienpolitiken verhindert, dass man sich mit dem Wunsch der Bürger, Kinder großzuziehen, befasst, und senkt die Lebenschancen vieler Kinder - Probleme, die in den modernen Gesellschaften Europas immer größere Bedeutung annehmen.

Die europäischen Grünen sind der Ansicht, dass die politische Gesellschaft auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene in der Pflicht steht, die sozialen Hindernisse für das Kinderkriegen zu beseitigen und optimale Bedingungen für die Entwicklung der Kinder herzustellen.

Darum schlagen wir Grünen Folgendes vor:

- **Beseitigung der Kinderarmut.** Kindern in Familien, die unter wirtschaftlicher Armut und Einkommensunsicherheit leiden, mangelt es nicht nur an Kleidung, gesunder Ernährung, Wohnraum und sozialen Aktivitäten. Sie haben auch weniger Zugang zu Bildung und geringere Chancen auf eine persönliche Entwicklung. Die Grünen schlagen vor, die Beseitigung der Kinderarmut in den nächsten fünf Jahren als verbindliches Ziel festzulegen.
- **Politische Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienleben ermöglichen.** Die europäischen Grünen schlagen vor, familienfreundliche Maßnahmen zur Vereinbarung von Berufstätigkeit und Familienleben und garantierte Arbeitnehmerrechte (z. B. reduzierte Arbeitszeit, Heimarbeit, arbeitnehmerorientierte Arbeitsflexibilität) einzuführen, um einen Beitrag zur Vereinbarung von Arbeit und Pflichten bzw. Wahlmöglichkeiten, die außerhalb des

Arbeitsplatzes liegen, wie beispielsweise das Großziehen von Kindern, zu leisten.

- **Eine allgemeine und erschwingliche Kinderbetreuung für alle.** Eine allgemeine Kinderbetreuung für alle ist ein entscheidender Faktor dafür, ob Bürger sich wünschen, Kinder zu haben. Gleichzeitig verhindert sie in wirksamer Weise lebenslange Einkommensverluste und gewährleistet insbesondere für Frauen gleiche Chancen im Berufsleben. Dies hat zur Folge, dass eine allgemeine und erschwingliche Kinderbetreuung einen Anstieg der Erwerbstätigkeit bewirkt. Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten sollten deshalb hinter den Zielen stehen, die sie als Teil der Lissabon-Strategie vereinbart haben, um Kinderbetreuung allgemein zugänglich und erschwinglich zu machen. Wir Grüne sind der Auffassung, dass die Kinderbetreuung auch für Kinder unter drei Jahren möglich und für Familien mit geringem Einkommen kostenlos sein muss. Durch die Investition in Infrastruktur und Qualität der Kinderbetreuung leisten wir einen Beitrag zur wirksamen Entwicklung sozialer und kognitiver Fähigkeiten sowie der Persönlichkeit der Kinder und eröffnen den kommenden Generationen, einschließlich der Kinder, die am ehesten von Ausgrenzung betroffen sind, die gleichen Lebenschancen.
- **Längeren Mutterschaftsurlaub und mindestens 12 Monate bezahlten Elternurlaub: Wir unterstützen den Vorschlag der Kommission, den Mindestzeitraum für Mutterschaftsurlaub im Einklang mit der Empfehlung der IAO von 14 auf 18 Wochen zu erhöhen und den Frauen 100 Prozent ihres Gehalts auszuzahlen statt des derzeitigen Minimums, das in der Höhe dem Krankengeld entspricht.** Damit Eltern eine faire Chance haben, sich um die Kinder zu kümmern, ohne den Arbeitsmarkt zu verlassen, schlagen die europäischen Grünen vor, über die derzeit geltende EU-Richtlinie hinauszugehen und einen Anspruch auf mindestens 12 Monate bezahlten Elternurlaub festzulegen. **Wir brauchen** Anreize, um beide Elternteile zu ermutigen, den Urlaub in Anspruch zu nehmen. Der Elternurlaub muss daher zwischen beiden Elternteilen aufgeteilt werden. Der Anspruch auf Elterngeld muss mit dem Recht auf Sicherheit des Arbeitsplatzes, Maßnahmen zur Erleichterung des Wiedereinstiegs in die Arbeitswelt und der Nichtdiskriminierung schwangerer Frauen kombiniert werden.

....und für Menschen mit Behinderungen

Menschen mit Behinderungen können kein selbstbestimmtes Leben führen, wenn ihnen der Zugang auf allen Ebenen fehlt (besonders der Zugang zu Infrastruktur wie Schulen, öffentlicher Verkehr usw.). Der Zugang für Menschen mit Behinderungen ist ein positives Grundrecht und keine Maßnahme aus Mitleid. Gleiche Rechte für Menschen mit Behinderungen müssen Teil der Entwicklungszusammenarbeit werden.

Menschen mit Behinderungen stellen 10 Prozent der Weltbevölkerung dar; 80 Prozent von ihnen leben in Entwicklungsländern. Die neue UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen trat am 3. Mai 2008 in Kraft und ist das erste rechtsverbindliche internationale Rechtsdokument, das die Rechte von Menschen mit Behinderungen betrifft. Die UN-Konvention gewährleistet gleiche Rechte für Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen des Lebens und der Politik, einschließlich der Entwicklungszusammenarbeit.

Darum schlagen wir Grünen Folgendes vor:

- Die EU muss den Kommissionsvorschlag für eine fünfte Antidiskriminierungsrichtlinie annehmen, um Diskriminierung aus Gründen der Behinderung, des Alters, der Religion oder des Glaubens und der sexuellen Orientierung über den Arbeitsplatz hinaus zu bekämpfen.
- Die Sicherstellung gleicher Chancen für Menschen mit Behinderungen muss in alle EU-Politiken aufgenommen werden.
- Eine rasche Ratifizierung und Umsetzung der neuen UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen; somit:
- muss die Entwicklungszusammenarbeit in Europa nach Art. 32 der UN-Konvention die Entwicklungsländer bei der Umsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderungen unterstützen; die Rechte von Menschen mit Behinderungen müssen mithin in die EU-Politik zur Entwicklungszusammenarbeit aufgenommen werden.

Menschenwürdige Arbeit - ein Versprechen, das jetzt eingelöst werden muss

Die Grünen unterstützen das Konzept der „menschenwürdigen Arbeit“, das fortschrittliche Arbeitsnormen und die Möglichkeit für alle Menschen, ihre eigenen Ziele zu verfolgen und zu einer nachhaltigen Gesellschaft beizutragen, umfasst.

Für die Grünen bedeutet die Herstellung gerechter Arbeitsbedingungen sehr viel mehr als nur die Förderung der wichtigsten Arbeitsnormen der IAO wie das Recht der Arbeitnehmer auf Unterrichtung und Anhörung, das Recht auf Kollektivverhandlungen und Kollektivmaßnahmen, den Schutz bei ungerechtfertigter Entlassung sowie gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen. Gerechte Arbeitsbedingungen beinhalten ebenso

Arbeitsplatzsicherheit, ein gesundes und sicheres Arbeitsumfeld, ein ausreichendes und gerechtes Arbeitsentgelt, ein hohes Maß an Arbeitsschutz, angemessene Arbeitszeiten, lebenslanges Lernen, Chancengleichheit, Antidiskriminierungsmaßnahmen, das Recht der Arbeitnehmer auf Verteidigung ihrer Interessen und auf Mitwirkung, familienfreundliche Arbeitsmodelle, Maßnahmen zur Vereinbarung des Berufslebens mit den Anforderungen außerhalb des Arbeitsplatzes, die Integration von Wanderarbeitnehmern, soziale Sicherheit und Sozialleistungen.

Die Grünen lehnen den derzeitigen Trend zur Beschneidung der Arbeitnehmerrechte im Namen von Flexibilität und Wettbewerbsfähigkeit in aller Schärfe ab. Wir sind der festen Überzeugung, dass das hohe Niveau des Arbeitnehmerschutzes und die hohen Arbeitsnormen die Grundlage unserer Gesellschaften bilden und mit einer hohen Beschäftigungsquote voll vereinbar sind.

Um gerechte Arbeitsbedingungen herzustellen und „menschenwürdige Arbeit“ Wirklichkeit werden zu lassen, schlagen die Grünen Folgendes vor:

- **Flexibilität mit umfassender Sicherheit:** Die Verknüpfung von Flexibilität und Sicherheit ist in der Tat ein sehr grünes Konzept. Es erfordert ein ausreichendes Maß an sozialem Schutz, sozialer Sicherheit und Leistungen für Arbeitslose, eine aktive Arbeitsmarktpolitik und Fortbildungsmöglichkeiten bzw. Möglichkeiten für lebenslanges Lernen sowie ein breites Spektrum an Sozialleistungen, einschließlich des allgemeinen Zugangs zu gemeinwohlorientierten Leistungen. Dennoch diene der Begriff „Flexicurity“ zu oft als Deckmantel für unbeschränkte Flexibilität und Deregulierung. Wenngleich unsere Gesellschaften und Wirtschaften Flexibilität benötigen, um den Herausforderungen einer im Wandel begriffenen Welt begegnen zu können, ist Sicherheit jedoch nicht weniger wichtig. Die Grünen sehen in einem starken institutionalisierten Dialog zwischen den Sozialpartnern als Vertretung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern ein wichtiges Instrument, um diese Ziele ins richtige Gleichgewicht zu bringen. Eine wichtige Rolle hat dieser Dialog bei der Gestaltung der Regeln und Instrumente (Vertragsbedingungen, Löhne und Gehälter, Leistungen usw.) des Arbeitsmarktes zu spielen. Dies erfordert starke und repräsentative Gewerkschaften. **Wir Grüne treten innerhalb der Gewerkschaftsbewegung für eine stärker auf Solidarität basierende Politik gegenüber Frauen und Zuwanderern und eine stärker integrationsorientierte politische Strategie hinsichtlich atypischer und irregulärer Beschäftigungsverhältnisse ein.**
- **Anpassungsfähigkeit der Arbeitszeiten:** Reguläre Arbeitszeiten sind ein wichtiger Faktor für Lebensqualität und die Vereinbarung von Beruf, Familie und anderen Pflichten. Dies beinhaltet angemessene Wochenarbeitszeiten sowie Möglichkeiten sowohl für Männer als auch für Frauen zur Reduzierung der persönlichen Arbeitszeit für bestimmte Zeiträume. Im Rahmen der jüngsten

Überarbeitung der EU-Arbeitszeitrichtlinie drängte der Rat darauf, die maximale **durchschnittliche** Wochenarbeitszeit von 48 auf 60, 65 oder sogar noch mehr Stunden zu erhöhen; die Grünen lehnen dies entschieden ab. Die Arbeitszeitvorschriften müssen den Bürgern ausreichend Zeit für Tätigkeiten außerhalb ihres Arbeitsverhältnisses lassen und so viele Anreize zur Schaffung von Arbeitsplätzen wie möglich geben. Die Mehrzahl der Teilzeitbeschäftigten sind Frauen; dabei handelt es sich häufig um eine Kompromissstrategie, die die Frauen aufgrund des Mangels an erreichbaren und erschwinglichen Einrichtungen für die Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Personen wählen.

- **ein menschenwürdiges Mindesteinkommen:** Um Arbeitnehmer, und dabei insbesondere gering Qualifizierte, vor der Ausbeutung durch den Arbeitgeber zu schützen und Armut zu bekämpfen, schlagen die Grünen vor, das Recht auf ein Mindesteinkommen in allen EU-Mitgliedstaaten zu verankern. Über die Art der Festlegung dieses Mindesteinkommens - per Gesetz, durch Tarifverträge auf verschiedenen Ebenen - entscheiden die einzelnen Mitgliedstaaten. Sektor- oder lageabhängige Unterschiede müssen möglich sein. Wenn es das Ziel ist, einen höheren Grad an Gleichheit innerhalb der einzelnen europäischen Länder und zwischen diesen Ländern zu erreichen, muss die Höhe des Mindesteinkommens im Verhältnis zur Höhe des Einkommensdurchschnitts im jeweiligen Land bemessen werden. Um Wirksamkeit zu garantieren, ist es wichtig, dass die Mindestlohntarife auch für atypische Beschäftigungsverhältnisse gelten.
- **Beseitigung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles:** Trotz des recht umfangreichen Rechtsrahmens in puncto Lohngleichheit ist das fortbestehende Lohngefälle zwischen Männern und Frauen in allen europäischen Ländern eine Tatsache. Es wird entscheidend sein, konkrete Ziele (siehe Abschnitt zum „Zugang zu menschenwürdiger Arbeit“) und Zeitpläne für die Beseitigung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles auf europäischer Ebene zu formulieren. Wir fordern eine Politik des gleichen Arbeitsentgelts, die darauf abzielt, geschlechtsspezifische Diskriminierung direkt oder indirekt zu bekämpfen; eine Politik der Chancengleichheit, die darauf ausgerichtet ist, kontinuierliche Beschäftigungsmuster von Frauen zu fördern und die Geschlechtertrennung im Beschäftigungsbereich zu beseitigen; und eine Lohnpolitik, die auf den Abbau von Lohnungleichheiten und auf die Verbesserung der Entlohnung von schlecht bezahlten und überwiegend mit Frauen besetzten Arbeitsplätzen ausgerichtet ist.
- **Gleichbehandlung und gleiches Arbeitsentgelt für entsandte Arbeitnehmer:** Jeder Bürger muss über das Recht verfügen, in einem beliebigen Land der EU zu arbeiten. Es ist mehr als bedauerlich, dass dieses Grundrecht nicht in allen EU-Mitgliedstaaten einheitlich angewandt wird. Dennoch muss ein

Gleichgewicht gefunden werden zwischen dem freien Verkehr für Arbeitnehmer und Dienstleistungen und den Grundrechten sowie der Möglichkeit der Sicherstellung von Nichtdiskriminierung und Gleichbehandlung durch Regierungen und Gewerkschaften. Wir können nicht ein Auge zudrücken, wenn Wanderarbeitnehmer schlechter bezahlt werden als einheimische Arbeitnehmer, weil man sie als „Services“ betrachtet. Außerdem könnten Situationen, in denen Arbeitnehmer in Gastländern unter dem Druck des Niedriglohnwettbewerbs entsandter Arbeitnehmer stehen, zu Fremdenfeindlichkeit und kontraproduktivem Verdruss über die EU führen. Deshalb liegt es im Interesse aller, allen Arbeitnehmern, egal ob einheimisch oder zugewandert, die gleichen Bedingungen zu bieten. Die Grünen rufen die Mitgliedstaaten auf, den Grundsatz der Gleichbehandlung vom ersten Entsendungstag an anzuwenden. Wir sind der Auffassung, dass die EU-Vorschriften geändert werden müssen, um sicherzustellen, dass der Grundsatz des gleichen Lohns für gleiche Arbeit, die Rechte der Arbeitnehmer, einschließlich des Streikrechts, sowie auf nationaler oder regionaler Ebene vereinbarte Tarifverträge nicht durch die Regeln des Weltmarktes ausgehebelt werden.

- **Bekämpfung der irregulären Beschäftigung:** Wenngleich atypische Beschäftigungsverhältnisse von Vorteil sein können, wenn sie an die Situation der Arbeitnehmer angepasst und freiwillig sind, sehen die Grünen die wachsende Zahl befristeter Arbeitsverhältnisse, irregulärer Bedingungen und atypischer Verträge kritisch. In vielen Fällen werden atypische Beschäftigungsverhältnisse nicht freiwillig gewählt, und viele Arbeitnehmer - vor allem junge Menschen, Zuwanderer und Frauen - haben so keinen Zugang zu grundlegenden Arbeitnehmerrechten und sozialen Rechten, was eine Untergrabung der Grundsätze der Gleichbehandlung darstellt. Deshalb verurteilen wir jegliche missbräuchliche Ersetzung regulärer Beschäftigungsverhältnisse durch irreguläre Beschäftigungsverhältnisse ohne zwingende wirtschaftliche Notwendigkeit und auf Kosten der Beschäftigten und der Öffentlichkeit. Die Grünen schlagen vor, allen Arbeitnehmern zentrale Rechte wie eine angemessene Beschäftigungssicherheit und einen angemessenen Schutz unabhängig von ihren Vertragsvereinbarungen zu garantieren. Die Rechtsvorschriften müssen sicherstellen, dass für Zeitarbeiter dieselben zentralen Regeln und Löhne gelten wie für direkt durch das Unternehmen Beschäftigte.
- **Bekämpfung der Schwarzarbeit:** Die in verschiedenen EU-Ländern vorherrschende wachsende Tendenz zu Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft schadet der Wirtschaft, lässt Arbeitnehmer schutzlos, benachteiligt die Verbraucher, führt zu sinkenden Steuereinnahmen und bringt unlauteren Wettbewerb zwischen Unternehmen mit sich. Deshalb brauchen wir eine klare und starke Koordinierung zwischen Regierungsbehörden der EU-Staaten,

Arbeitsaufsichtsbehörden, Gewerkschaften, Verwaltungsbehörden für den Bereich soziale Sicherheit und Steuerbehörden. Einschränkungen in Bezug auf die Arbeitserlaubnis mancher EU-Bürger und Wanderarbeitnehmer aus Drittstaaten führen zu einer wachsenden Schattenwirtschaft und zur Ausbeutung nicht angemeldeter Arbeitnehmer. Wir müssen unser Hauptaugenmerk auf Instrumente und Mechanismen auf der Grundlage der grundlegenden Menschenrechte von Arbeitnehmern richten, um Ausbeutung zu bekämpfen, Haftungsregelungen für die Untervergabe und das Outsourcing von Arbeitnehmern zu erlassen, und legale Beschäftigung zu erleichtern. Wir fordern EU-Vorschriften, in denen eine Definition von selbstständiger Tätigkeit und der Arbeit in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis gegeben wird, um Scheinselbstständigkeit zu bekämpfen; außerdem fordern wir die Einführung von Rechtsvorschriften zur Bekämpfung von Briefkastenfirmen, deren einziger Zweck es ist, in den Gastländern „Dienstleistungen“ anzubieten, um der vollen Anwendung der Gesetze und Verordnungen dieser Länder, insbesondere hinsichtlich Löhnen und Arbeitsbedingungen, zu entgehen.

- **Antidiskriminierung und Vielfaltsmanagement:** Ein durch Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung geprägter Arbeitsplatz ist die Grundlage eines nachhaltigen Arbeitsumfelds. Die Grünen fordern eine einwandfreie Umsetzung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinien sowie die Förderung des Vielfaltsmanagements am Arbeitsplatz und schlagen die Einführung einer europäischen schwarzen Liste vor, auf der Unternehmen aufgeführt sind, die gegen zentrale soziale Rechte und Arbeitsrechte, einschließlich der Antidiskriminierungsvorschriften, verstoßen.
- **Lebenslanges Lernen:** Die lebenslange Entwicklung der eigenen Fähigkeiten ist der beste Weg, um eine gute Arbeit zu finden. In einer immer stärker wissensbasierten Wirtschaft ist die Bewältigung der Herausforderungen, insbesondere der tief greifenden Veränderungen, die zur erfolgreichen Bekämpfung des Klimawandels erforderlich sind, für den Erfolg von Unternehmen unerlässlich und für unsere Gesellschaften von wesentlichem Vorteil. Dies gilt für alle Bürger in allen Sektoren und umfasst auch persönliche Dienstleistungen, für die auf den ersten Blick keine besonderen Fähigkeiten erforderlich sind. Die Möglichkeit des lebenslangen Lernens für alle Bürger ist ein wesentliches Mittel, um Niedriglöhne zu bekämpfen und die Qualität von Produkten und Dienstleistungen zu erhöhen. Die Grünen schlagen vor, ein für alle geltendes neues Recht auf lebenslanges Lernen zu verankern und dieses Recht abzustützen durch eine Erhöhung der EU-Mittel in diesem Bereich sowie durch spezielle Weiterbildungsprogramme, aber auch durch angemessene Rechtsvorschriften, die es den Menschen ermöglichen, sich ihr ganzes Leben hindurch weiterzubilden (z. B. Förderung von Programmen für lebenslanges Lernen, flexible Handhabung der Möglichkeit des Urlaubs zur persönlichen

Weiterbildung, Verpflichtung der Arbeitgeber, bezahlte Fortbildungen anzubieten oder zu erlauben usw.).

Anreize für den Zugang aller Bürger zu guter Arbeit

Wir Grüne teilen das Ziel, alle Menschen zu befähigen und zu ermutigen, durch die Entwicklung ihrer Autonomie und ihrer innovativen Fähigkeiten aktiv eine selbstständige Tätigkeit oder eine Tätigkeit in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis zu suchen. Auf der anderen Seite betonen wir, dass die Verantwortung für die Teilnahme am Arbeitsmarkt niemals ausschließlich bei den einzelnen Bürgern liegen darf, insbesondere wenn sie zum schwächsten Teil der Gesellschaft gehören. In einem echten „aktiven Sozialstaat“ sind die staatlichen Behörden dafür zuständig, einen Rahmen festzulegen, in dem die Bürger Anreize für die Aufnahme einer Beschäftigung bekommen, während ihre Lebensqualität und ihr Lebensstandard im Falle einer erfolglosen Arbeitssuche geschützt werden. Außerdem müssen Arbeitgeber „aktiviert“ werden, indem sie ebenfalls Verantwortung dafür tragen, dass die Schwächsten der Gesellschaft nicht abgehängt werden. Die Verantwortung von Regierungen, Unternehmen und Bürgern muss gleichermaßen gestärkt werden.

Einige Mitgliedstaaten verzeichnen Erfolge bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit; es handelt sich um jene Länder, deren Regierungen in der Lage waren, einen Rahmen zu schaffen, der die Menschen schützt und motiviert. Leider erschöpften sich die so genannten aktiven Politiken in vielen Mitgliedstaaten darin, die Arbeitslosen im Falle einer gescheiterten Arbeitssuche zu bestrafen. Wenngleich wir Grünen ebenfalls der Meinung sind, dass Missbrauch bekämpft werden muss, halten wir den Weg, Menschen sämtliche Sozialleistungen vorzuenthalten, für einen sozialen Rückschritt und absolut kontraproduktiv.

Außerdem teilen wir Grüne, wie im vorhergehenden Abschnitt bereits erläutert, nicht die Ansicht, dass alle wirtschaftlichen Tätigkeiten die gleiche Wertigkeit besitzen („ein Job ist ein Job“) und eine Arbeit unter allen Umständen angenommen werden muss, wie auch immer die Arbeitsbedingungen, die Art der Tätigkeit und die geografische Entfernung zwischen Arbeitsplatz und Wohnung aussehen. All diese Faktoren sind bei der Bewertung der individuellen Situation der Arbeitssuchenden zu berücksichtigen.

Schließlich müssen die Staaten bedingungslose Einschnitte bei Steuern und Sozialkosten, die nur zu Steuer- und Sozialdumping führen können, vermeiden. Eine Politik der Kostenanpassung mit Blick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und die soziale

Zusammensetzung des Unternehmenspersonals wird sich als sehr viel wirksamer erweisen.

Konkret machen wir Grüne folgende Vorschläge unter vier ergänzenden Gesichtspunkten:

- **Anreize für die Schaffung von Tätigkeiten:**

- ✚ Die Staaten müssen vorrangig in die grüne Wirtschaft und in beschäftigungsintensive und sozialen Mehrwert schaffende Sektoren (persönliche Dienstleistungen, Gesundheit, Bildung usw.) investieren.
- ✚ Die Staaten müssen Fördermaßnahmen zugunsten der Sozialwirtschaft ergreifen (Abbau der Sozialkosten für Beschäftigte im gemeinnützigen Sektor und für wirtschaftliche Tätigkeiten, die sozioökonomische Kriterien erfüllen).
- ✚ Die Staaten müssen kohärente lokale Entwicklungsstrategien auf der Grundlage von Partnerschaften zwischen allen lokalen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Akteuren entwickeln, damit diese zusammenarbeiten, um Tätigkeiten im Zusammenhang mit lokalen Bedürfnissen, Ressourcen und Besonderheiten zu entwickeln.

- **Förderung der Vermittlungsfähigkeit:**

- ✚ Der Staat muss gemeinsam mit den Sozialpartnern und staatlichen Arbeitsvermittlungsstellen kohärente und strukturierte Bildungswege zu Beschäftigung und Integration, insbesondere für die schwächsten Glieder der Gesellschaft, festlegen.
- ✚ Strukturierte Bildungswege zu Beschäftigung und Integration dürfen nicht ausschließlich in der Verbesserung der technischen Fähigkeiten bestehen, sondern müssen darüber hinaus die verschiedenen Dimensionen der Ausgrenzung berücksichtigen: Wohnen, Gesundheit, Kultur, Zugang zu öffentlichen Diensten, Transport usw.
- ✚ Inhalt von Weiterbildungsmaßnahmen muss der Erwerb grundlegender Fähigkeiten (Lese- und Schreibfähigkeit usw.) und die Stärkung der Persönlichkeit (Selbstvertrauen) sein; die Wege dorthin müssen alle Stufen von Weiterbildungsmaßnahmen bis zu Beschäftigung umfassen.

- ✚ Der Staat muss einen Rahmen schaffen, der die Menschen schützt, indem er ihnen so lange Arbeitslosengeld garantiert, wie sie an einem strukturierten Berufsbildungssystem teilnehmen, und der das bedingungslose Recht auf ein Mindesteinkommen beinhaltet; was das Konzept der „Flexicurity“, der Verbindung von Flexibilität und Sicherheit, anbetrifft, so muss die Sicherheit unter der Bedingung, dass bereits ein wirksames Schutzsystem existiert, vor der Flexibilität Vorrang haben.

- ✚ Die mangelnde Zukunftsfähigkeit eines Arbeitsplatzes (Tätigkeitssektor, Arbeitsbedingungen, Entfernung von der Wohnung) muss eine gültige Begründung für die Ablehnung eines Stellenangebots durch den Arbeitslosen sein.

- **Anreize für die Verteilung der Arbeitszeit:**
 - ✚ Allgemein muss der Staat gemeinsam mit den Sozialpartnern das Ziel verfolgen, Arbeitszeit-Obergrenzen auf einzelstaatlicher Ebene oder sektorbezogen zu senken; vor dem Hintergrund der aktuellen Politik müssen vorrangig die Politiken bekämpft werden, die eine Anhebung dieser Arbeitszeit-Obergrenzen verfolgen („mehr Arbeit für mehr Lohn“).

 - ✚ Mit dem Wohlbefinden der Beschäftigten steigt auch die Arbeitsproduktivität. Sowohl im öffentlichen Sektor als auch im Privatsektor müssen Arbeitgeber den Beschäftigten die Möglichkeit geben, ihre Zeitnutzung an ihre jeweilige Lebenssituation anzupassen (z. B. mehr Freizeit statt mehr Lohn). Dies wäre vor allem für Eltern mit Kleinkindern von Bedeutung. Die Möglichkeit von Bildungsurlaub und „job alternation leave“ (eine Art Urlaub zur persönlichen Weiterbildung, bei der eine arbeitslose Person die Stelle für den fraglichen Zeitraum übernimmt) erhöht sowohl das Wohlbefinden als auch die Produktivität.

 - ✚ Der Staat muss gemeinsam mit den Sozialpartnern die Altersteilzeit fördern, damit ältere Beschäftigte ermutigt werden, ihre Arbeitszeit schrittweise zu reduzieren statt von einer Vollzeitstelle direkt in einen „Vollzeit-Ruhestand“ überzugehen.

- **Förderung des gleichen Zugangs zu Beschäftigung:**
 - ✚ Die Kosten der Elternschaft müssen gleichmäßig zwischen den Arbeitgebern der Mütter und den Arbeitgebern der Väter aufgeteilt werden, um sicherzustellen,

dass bei Geldleistungen der sozialen Sicherheit nicht zu Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts kommt.

- ✚ So genannte sozialwirtschaftliche Unternehmen, die beispielsweise Langzeitarbeitslose beschäftigen, müssen unter anderem mittels Steuererleichterungen gefördert werden.
- ✚ Gleichstellung kann durch Fördermaßnahmen begünstigt werden. Der öffentliche Sektor muss ein Beispiel geben und aus Bewerbern mit gleichen Qualifikationen und Kompetenzen diejenige Bewerberin bzw. denjenigen Bewerber auswählen, dessen Geschlecht unterrepräsentiert ist.
- ✚ Der Staat und die Sozialpartner müssen alle Formen von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt aktiv bekämpfen und die Vielfalt am Arbeitsplatz in all ihren Dimensionen (Ethnie, Geschlecht, Behinderung, Religion oder Glauben, Alter, sexuelle Orientierung) begünstigen. Diese Dimensionen der Vielfalt müssen als Vorteil und nicht als Nachteil betrachtet werden.

Eine zukunftsfähige Altersversorgung für alle Menschen

Als europäische Grüne geloben wir, die Beseitigung der Altersarmut und die Gewährleistung eines menschenwürdigen Lebens zu einem Schwerpunkt unserer gemeinsamen Bemühungen zu machen.

Eine schicht- und statusunabhängige soziale Sicherheit für ältere Menschen war bereits lange vor der Schaffung des modernen Sozialstaates ein Ziel. Die weit verbreitete Armut alter Menschen war eines der großen sozialen Übel, zu dessen Beseitigung der Sozialstaat gegründet wurde. Dennoch gibt es mehr als ein Jahrhundert nach der Entstehung einer modernen Sozialpolitik kein einziges europäisches Land, in dem das Problem der Altersarmut beseitigt worden wäre. Die Länder verzeichnen große Fortschritte. In einigen Ländern ist die Altersarmut niedriger als je zuvor. Aber es gibt auch neue Tendenzen einer wachsenden Armut oder Hinweise auf einen Anstieg der Armut unter älteren Menschen in den nächsten 10-15 Jahren, wenn nicht gehandelt wird.

Die Rentensysteme der einzelnen EU-Mitgliedstaaten sind vielfältig, und ihre Weiterentwicklung liegt in der Verantwortung der Mitgliedstaaten. Andererseits sind die Herausforderungen hinsichtlich der Rentensysteme Herausforderungen, vor denen alle europäischen Gesellschaften stehen.

Die Gestaltung der Rentensysteme, die tief in nationalen Traditionen verankert ist, ist nicht Aufgabe der Grünen. Dennoch streben wir Grüne, unabhängig vom jeweiligen System und in

Ablehnung des marktorientierten Dogmas, dass Rentensysteme privatisiert werden müssen, um unter demografischen und Wettbewerbsbedingungen stabil zu bleiben, eine zukunftsfähige Altersversorgung für alle an

und schlagen darum Folgendes vor:

- **Die Regierungen müssen ihrer Verantwortung nachkommen** und die öffentlichen Rentensysteme stärken und zukunftsfähig machen, da diese für alle Menschen gelten und auf Solidarität basieren.
- **Alle Rentensysteme müssen sozial gerecht und integrativ sein** und die grundlegenden Defizite und Mängel beseitigen, die die Grundlage für Altersarmut bilden. Unsere grundlegendste Forderung lautet, dass der Schutz vor Altersarmut für alle Menschen gelten muss, das heißt für Männer und Frauen, Einheimische und Zuwanderer, Menschen aus verschiedenen Berufen, Menschen, die fortlaufende Beschäftigungsmuster aufweisen und Menschen, die lange arbeitslos waren *oder nie einer bezahlten Arbeit nachgegangen sind*. Ob dieses Ziel durch das Rentensystem oder durch das System der sozialen Sicherheit erreicht wird, liegt in der Verantwortung der einzelnen Mitgliedstaaten.
- **Keine sozial ungerechten Steueranreize für private Rentensysteme.**
- **Die notwendige Anhebung der Rentenausgaben** ist einer der Hauptgründe für eine strukturelle Reform der Finanzierung der sozialen Sicherheit, die im letzten Abschnitt dieses Papiers behandelt wird.
- **Neuausrichtung der Anlagen in Rentenfonds:** Ein Großteil der Rentenfonds wird derzeit für Spekulationen und Investitionen in sozial unverantwortliche und nicht zukunftsfähige Aktivitäten genutzt; die Grünen befürworten Zwangsmaßnahmen zur Neuausrichtung der Anlagen hin zu nachhaltiger Entwicklung und sozial verantwortlichen Aktivitäten.
- **Gleichstellung von Männern und Frauen in den Rentensystemen:** Da in den Rentensystemen Leistungen nach der Anzahl der Beschäftigungsjahre zugewiesen werden, werden Frauen oftmals benachteiligt. Zudem führt das geschlechtsspezifische Lohngefälle häufig dazu, dass Frauen niedrigere Renten erhalten. Wir wollen dies ändern, weil wir an die Geschlechtergerechtigkeit glauben. Aufgrund der Zunahme von unsicheren Arbeitsverhältnissen auf vielen Arbeitsmärkten rutschen viele der unter diesen schwierigen Bedingungen arbeitenden Menschen im Alter in die Armut ab. Wir wollen dies ändern, weil wir allen Menschen einen Lebensstandard oberhalb der Armutsgrenze garantieren möchten.

- **Die Rentensysteme müssen allen Menschen zugänglich gemacht werden.** Da eine immer größere Zahl von Menschen selbstständig tätig ist und nicht an gesetzlich vorgeschriebenen oder von Unternehmen eingerichteten Rentensystemen teilnehmen kann, jedoch auch nicht genug verdient, um einer privat finanzierten Alternative beizutreten, laufen diese Menschen Gefahr, im Alter über überhaupt keinen Altersschutz zu verfügen. Wir wollen dies ändern, indem wir diese Menschen in die öffentlichen Rentensysteme integrieren.
- **Sicherstellung der Übertragbarkeit von Rechten und gleichzeitige Einhaltung der Steuerpflichten:** Immer mehr Menschen machen während ihres Berufslebens von der Arbeitnehmerfreizügigkeit Gebrauch. Dabei begegnen ihnen zahlreiche administrative Probleme, wenn sie sicherstellen wollen, dass sie ihre bereits erworbenen Rentenansprüche nicht verlieren. Wir wollen dies ändern, indem wir die EU-weite Übertragbarkeit aller Rentenansprüche sicherstellen und zugleich dafür sorgen, dass die Steuerpflichten jedes einzelnen Bürgers eingehalten werden.
- **Recht auf einen menschenwürdigen dritten Lebensabschnitt für alle:** Dank öffentlicher und privater Rentensysteme und besserer Gesundheitsbedingungen verfügen immer mehr Menschen in den EU-Mitgliedstaaten über die Freiheit, frei über ihren dritten Lebensabschnitt zu bestimmen; das bedeutet, **dass sie im Alter trotz der Beeinträchtigung durch ernste Krankheiten ein menschenwürdiges Leben führen können.** Menschen mit weniger gesunden Lebensjahren, die über geringe oder überhaupt keine Rentenansprüche verfügen, fehlt diese Möglichkeit. Wir wollen flexible Rentensysteme entwickeln, die allen Menschen das Recht auf einen menschenwürdigen dritten Lebensabschnitt geben. Dies kann für einige Menschen die Möglichkeit der vorgezogenen Altersrente und für andere die Möglichkeit der nach hinten verschobenen Altersrente beinhalten.
- **Förderung der Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten:** Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten müssen in Bezug auf ihre jeweiligen Rentensysteme die Schaffung eines Mechanismus zur gegenseitigen Berichterstattung und Diskussion im Jahresrhythmus vereinbaren. Dies muss zu mehr Transparenz führen und die Möglichkeit bieten, die unterschiedlichen Grade an Effektivität der nationalen Rentensysteme bei der Bekämpfung des Armutsproblems, insbesondere unter stärker benachteiligten Gruppen wie älteren Frauen, Zuwanderern, Eltern von Großfamilien, Menschen mit unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitslosen, zu vergleichen. Diese Berichte müssen vom Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten diskutiert werden. Dadurch erhalten Letztere eine Hilfe bei der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften, die zur Beseitigung der Altersarmut beitragen können.

Gesund leben - ein grundlegendes Menschenrecht

Gesundheit ist die Grundlage für ein gutes Leben. Für die Grünen ist die Verhütung der Beeinträchtigung unserer Gesundheit der erste Schritt zur Erreichung dieses Ziels. Die Qualität unserer Umwelt, insbesondere die Qualität von Wasser und Luft, wirkt sich auf unsere Gesundheit aus. Unsere Gesellschaften werden in großem Ausmaß mit Krankheiten wie Krebs konfrontiert, die zur Haupttodesursache geworden sind. Der Klimawandel wird uns vor neue Probleme stellen, da sich Krankheitsmuster verändern und empfindliche Menschen unter hohen Sommertemperaturen leiden werden. Auch die Qualität der Nahrung, die wir zu uns nehmen, die Bedingungen, unter denen wir arbeiten, unsere Wohnqualität und die Art und Weise, wie wir uns in unserer Umwelt bewegen, haben Einfluss auf unsere Gesundheit. Versuche, die Auswirkungen all dieser Faktoren auf unsere Gesundheit in den Griff zu bekommen, sind unserer Auffassung nach nur sinnvoll, wenn zuvor deren Ursachen bekämpft werden.

Da ein gesundes Leben ein grundlegendes Menschenrecht darstellt, liegt die Verantwortung für die Gestaltung der Gesundheitspolitik und dabei sowohl ihrer präventiven als auch ihrer pflegerischen Dimension unserer Ansicht nach bei den Regierungen. Medizinische Versorgung ist eine gemeinwohlorientierte Leistung, und deshalb muss im Falle eines Widerspruchs das Allgemeinwohl vor der Logik des Marktes Vorrang haben.

Erstes Ziel der Regierungen muss die Sicherstellung eines Zugangs zu medizinischer Versorgung für alle Menschen sein. Alle Menschen müssen unabhängig von ihrem gesellschaftlichen Status medizinische Versorgung in Anspruch nehmen können. Darum muss besonderes Augenmerk auf die am meisten gefährdeten Gruppen der Gesellschaft gelegt werden. Eine erschwingliche Absicherung für alle Menschen muss daher das Ziel einer jeden nachhaltigen Gesundheitspolitik sein. Außerdem sind wir Grüne der Auffassung, dass die Zugangswege zu medizinischer Versorgung, einschließlich psychischer Gesundheitsversorgung, so kurz wie möglich sein müssen; dies erfordert ein dichtes und breit gefächertes Netz von Leistungserbringern, das von Allgemeinmediziner*innen, Ärzt*innen, Zahnärzt*innen und lokalen Krankenhäusern bis hin zu großen Einrichtungen für die Behandlung schwierigster Fälle reicht. Vor diesem Hintergrund sind wir der Ansicht, dass Allgemeinmediziner*innen und anderen Spezialisten, die die erste Anlaufstelle für Patienten sind und über ein dauerhaftes und privilegiertes Verhältnis zu ihren Patienten verfügen (Kinderärzt*innen, Frauenärzt*innen, Zahnärzt*innen usw.), eine entscheidende Rolle bei der Sicherstellung einer wirksamen und effizienten medizinischen Versorgung zukommt.

Viele konkrete Maßnahmen, insbesondere Vorsorgemaßnahmen, die zu einer gesunden Gesellschaft beitragen, werden in diesem Papier an anderer Stelle und in anderen Grünen-Papieren behandelt; im Hinblick auf die medizinische Versorgung

schlagen wir Grüne im Einzelnen Folgendes vor:

- **Die Regierungen müssen gesunde Lebensstile fördern**, indem sie gesundheitsförderndes Verhalten in Bezug auf Ernährung, Leibesübungen, Freizeitaktivitäten, Konsum von Alkohol, Tabak und anderen Drogen, Familienbildung,

Verhütung sexuell übertragbarer Krankheiten (einschl. AIDS) begünstigen. Besondere Aufmerksamkeit muss verantwortungsvollem Fahrverhalten gewidmet werden, da Verkehrsunfälle weiterhin eine der Haupttodesursachen in Europa sind. Erreicht werden muss dies durch Sensibilisierungskampagnen und mehr entsprechende Unterrichtsprogramme für Kinder.

- **Die EU und die Regierungen müssen die Rechtsvorschriften für ein sicheres und gesundes Arbeitsumfeld verbessern.** Wir sind der Auffassung, dass Arbeitnehmer vor Risiken wie Lärm, Sonnenstrahlung und andere Strahlungsarten, Arbeit unter zu hohen Temperaturen und langen Arbeitszeiten geschützt werden müssen. Die Bemühungen um Strafverfolgung in diesem Bereich müssen verstärkt werden.
- **Die EU muss alle verbleibenden Subventionen für die Tabakindustrie streichen.** Diese sind immer noch Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik.
- **Die EU muss die Mitgliedstaaten zur Zusammenarbeit bei der qualitativen Weiterentwicklung ihrer Gesundheitssysteme bewegen.** Wir Grüne schlagen die Entwicklung von EU-weiten Aktionsplänen vor, um die Standards für die Behandlung unter besonderen Bedingungen anzuheben, wie es bereits bei der medizinischen Versorgung von Krebskranken der Fall ist. Schließlich müssen in den EU-Rechtsvorschriften Mindestqualitätsstandards für die Gesundheitsversorgung festgelegt werden.
- **Die Regierungen müssen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass es in den kommenden Jahren EU-weit ausreichend gut ausgebildetes medizinisches Personal gibt.** Einer ausreichenden Zahl von Ärzten, insbesondere jenen, die für Patienten die erste Anlaufstelle darstellen, sowie einer ausreichenden Zahl von Krankenpflegepersonal und arztähnlichem Personal muss eine Ausbildung und die Ausübung ihres Berufs ermöglicht werden, um ein dichtes und breit gefächertes Netz der medizinischen Versorgung zu gewährleisten.
- **Im Hinblick auf grenzüberschreitende Fragen der medizinischen Versorgung** muss die Koordination der Gesundheitsdienste zwischen den Mitgliedstaaten verbessert werden, um sicherzustellen, dass die wachsende Zahl von Menschen, die grenzüberschreitende Mobilität praktizieren, nicht mit unnötigen Problemen zu kämpfen hat. Außerdem müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die Haftungsfrage im Falle der grenzüberschreitenden medizinischen Versorgung zu klären und sicherzustellen, dass die Möglichkeit der Bürger, sich im Ausland behandeln zu lassen und die Kosten erstattet zu bekommen, keine Gefahr für die Zukunftsfähigkeit der nationalen Sozial- und Gesundheitssysteme darstellt.
- **Die Bekämpfung von Betrug und Korruption bei grenzüberschreitenden Gesundheitsdienstleistungen muss auf EU-Ebene koordiniert werden.** Dabei muss sichergestellt werden, dass das Geld für die medizinische Versorgung ausgegeben wird.

Zum Beispiel setzen wir uns für eine bessere Verwaltung der grenzüberschreitenden Koordination der Gesundheitsversorgung und eine wirksamere Bekämpfung des Verkaufs und der Verwendung gefälschter Arzneimittel ein.

- **Ausbau und Pflege der Infrastruktur im Bereich der Gesundheitsversorgung**, die nicht von Systemen wie der so genannten öffentlich-privaten Partnerschaft abhängig sind, die heute Hilfen anbieten, die die Steuerzahler von morgen teuer zu stehen kommen werden.
- **Die demokratische Steuerung der nationalen Gesundheitssysteme** muss beispielsweise durch die Beteiligung der Patienten gefördert werden.

Soziales Wohlergehen - nicht nur ein Kostenfaktor, sondern ein Wert an sich

Die Art der Finanzierung des Sozialstaats variiert von Land zu Land. Die Finanzierung erfolgt entweder über Steuern oder über Sozialabgaben auf der Grundlage von Arbeit. Die meisten Länder nutzen einen Mix aus beiden Finanzierungsquellen.

Die meisten Sozialstaatssysteme stehen seit zwei Jahrzehnten aus verschiedenen Gründen vor Finanzierungsschwierigkeiten. Erstens führen Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung in vielen Ländern zu einem Anstieg der Ausgaben. Zweitens wächst der Bedarf an medizinischer Versorgung aufgrund der Alterung unserer Gesellschaften, der Entstehung neuer Krankheiten und immer kostenintensiverer Behandlungen. Drittens bedeutet die Alterung der Bevölkerung, dass der Betrag, den die Gesellschaft für Renten ausgeben muss, ansteigt. Mehr Rentner beziehen für einen immer längeren Zeitraum Renten, und der Sozialstaat muss auf einen Anstieg der Nachfrage reagieren, die sich aus der wachsenden Abhängigkeit im vierten Lebensabschnitt ergibt. Viertens müssen die Staaten im Rahmen eines wirtschaftlichen Wettbewerbs, in dem die Fähigkeiten der Arbeitnehmer eine entscheidende Rolle spielen, ihre Ausgaben für Bildung erhöhen. Schließlich haben der Steuersenkungswettlauf und die Existenz von Steueroasen die Mittel, die den Mitgliedstaaten für die Finanzierung dieser wachsenden Bedürfnisse zur Verfügung stehen, reduziert. Beispielsweise sind die Unternehmenssteuern infolge des Steuersenkungswettlaufs zwischen den Mitgliedstaaten in den letzten zehn Jahren in der EU real um durchschnittlich 10 Prozent gesunken.

Wir erkennen die Notwendigkeit, die Finanzierungsprobleme unserer Sozialsysteme zu lösen, aber wir glauben nicht, dass das übliche Verfahren der Privatisierung in Kombination mit einer Reduzierung der Sozialleistungen die Lösung ist. Vielen Menschen dienen Sozialleistungen (Renten, Arbeitslosengeld usw.) als einziges Einkommen oder als Investition in die Zukunft (Bildung usw.).

In Anbetracht der Tatsache, dass wir gemessen am BIP so „reich“ sind wie niemals zuvor, wäre es paradox, wenn wir nicht in der Lage wären, Sozialprogramme zu finanzieren, um Gefahren zu bannen, die wir in der Vergangenheit im Griff hatten. Um der demografischen Entwicklung Rechnung zu tragen und die soziale Integration in Europa zu verbessern, muss der prozentuale Anteil des BIP, der für Soziales aufgewendet wird, erhöht werden. Dabei sind auch die positiven Auswirkungen der Gesundheitsvorsorge und der Senkung der Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen. Für uns ist dies sowohl eine ethische Pflicht als auch eine Investition in unsere Zukunft.

Vor diesem Hintergrund schlagen wir Grüne Folgendes vor:

- **Einen „New Green Deal“:** eine konzertierte Aktion der EU und ihrer Mitgliedstaaten zur Förderung einer neuen Welle grüner Investitionen, um unsere Wirtschaft auf die Post-Erdölära vorzubereiten und einen weiteren Klimawandel zu verhindern. Gleichzeitig führen diese Maßnahmen zu einem Anstieg der Sozialeinnahmen und einer Senkung der Arbeitslosigkeit, da diese Investitionen in Bereichen wie erneuerbare Energien, öffentlicher Verkehr, biologischer Landbau oder umweltfreundliches Bauen Millionen neuer Arbeitsplätze entstehen lassen (zu weiteren Einzelheiten siehe das Papier „Eine grüne Vision für Europas Wirtschaft“).
- **Gesundheitsvorsorge muss zu einer Priorität werden.** Von rein pflegeorientierten Gesundheitssystemen muss abgegangen werden. Vorsorge kann die gesamten Gesundheitskosten drastisch reduzieren (durch weniger Arbeitsbefreiungen, weniger Arzneiverschreibungen usw.) und führt somit zu einem wirksameren und effizienteren Gesundheitssystem, das unserer Gesundheit und unserer Wirtschaft zugute kommt.
- **Die finanzielle Basis der Sozialsysteme muss erweitert werden,** zum Beispiel durch die Einplanung von Einnahmen aus der Besteuerung von Gewinnen, Kapitalerträgen und Energieverbrauch. Kapital und Unternehmen müssen in gerechter Weise ihren Teil zum Steuer- und Sozialabgabenaufkommen beitragen; dies setzt eine stärkere und wirksamere Bekämpfung des Betrugs bei der Hinterziehung von Steuern und Sozialabgaben voraus. Den wichtigsten Beitrag dazu kann die Europäische Union leisten, indem sie eine harmonisierte Besteuerungsgrundlage und gestaffelte² Steuermindersätze in diesen Bereichen einführt und in Kraft setzt. Ein soziales Europa, das seinen Namen verdient, ist nicht ohne ein fiskalisches Europa zu haben.
- **Beseitigung ungerechter Steueranreize für Privatpersonen:** Die Staaten haben Steueranreize geschaffen, um die Menschen dazu zu bewegen, für ihre Altersversorgung

² d. h. einen relativ niedrigen Mindersteuersatz für die neuen Mitgliedstaaten in der Aufholphase und einen höheren Satz für die alten Mitgliedstaaten der EU.

selbst zu sparen. In vielen Fällen könnten diese öffentlichen Gelder gerechter und wirksamer verwendet werden, wenn sie den öffentlichen Rentensystemen zugute kämen. Sozial ungerechte Steueranreize für private Rentensysteme darf es nicht geben.

- **Überprüfung der Steuervergünstigungen und Nachlässe auf Sozialabgaben für Arbeitgeber:** In vielen europäischen Ländern werden Arbeitgebern verschiedenste Formen von Steuervergünstigungen und Nachlässen auf Sozialabgaben gewährt. Wir sind der Auffassung, dass diese Vergünstigungen und Nachlässe einer eingehenden Prüfung mit Blick auf ihre Wirksamkeit (z. B. Zahl und Qualität der geschaffenen Arbeitsplätze) bedürfen. Wir Grüne befürworten eine Anpassung von Steuern und Sozialabgaben nach sozialen und ökologischen Kriterien.

Der Weg nach vorn

Die Schaffung eines sozialen Europas ist ein Mantra, das viele über Jahrzehnte unermüdlich wiederholt haben. Dennoch steht unser Kontinent vor ernststen sozialen Problemen, obwohl der Lebensstandard in der EU zu den höchsten der Welt gehört. Zu nennen sind wachsende Ungleichheiten in der Einkommensverteilung, die Rückkehr ausgestorben geglaubter Krankheiten, das frühzeitige Ausscheiden vieler Kinder aus den Bildungssystemen und das Leben vieler älterer Menschen unter menschenunwürdigen Bedingungen, die Tatsache der anhaltenden Diskriminierung in vielen Bereichen sowie die gefährdete Finanzierung der Renten- und Gesundheitssysteme.

Für uns Grüne ist ein soziales Europa nicht nur ein nettes Anhängsel des Europäischen Binnenmarkts. Ein soziales Europa, ein Europa, das allen Menschen ein erfülltes Leben im Rahmen der Grenzen dieses Planeten und in Solidarität mit all seinen Bewohnern und zukünftigen Generationen ermöglicht, ist integraler Bestandteil der europäischen Identität und ein entscheidender Faktor für unseren Erfolg in der Zukunft. Ein gesundes Leben, ein menschenwürdiges Einkommen, Wohnraum, der diesen Namen verdient, die Chance aller Menschen, ihre eigenen Fähigkeiten und Fertigkeiten im Laufe ihres gesamten Lebens zu entwickeln, Arbeit, die Erfüllung bringt und sowohl für den Einzelnen als auch für die Gesellschaft einen Wertzuwachs erzeugt, die Möglichkeit, eine Familie zu gründen, und die Chance auf ein langes und gesundes Leben in einer Gesellschaft ohne Diskriminierung: All dies ist Teil des Versprechens Europas an seine Bürger ungeachtet ihrer ethnischen Herkunft, ihres Alters, ihres Geschlechts, ihrer Religion oder ihres Glaubens, ihrer sexuellen Orientierung oder Behinderung.

Die Erfüllung dieses Versprechens muss wieder zum Mittelpunkt des Handelns der Regierungen Europas werden. Die Europäische Union muss auf höchster Ebene vorangehen und ehrgeizige Ziele und Normen im Bereich Sozialpolitik festlegen. Diese Ziele und Normen müssen die gleiche Verbindlichkeit besitzen wie jene, die die Schaffung des Binnenmarkts oder die Einführung des Euro ermöglicht haben; für die Grünen haben soziale Ziele die gleiche Wertigkeit wie wirtschaftliche oder finanzielle Ziele.

Wie die Geschichte gezeigt hat, stehen höhere Sozialstandards nicht im Widerspruch zu wirtschaftlicher Entwicklung. Dagegen ist die Aushöhlung dieser Standards für Europa der sicherste Weg in eine Abwärtsspirale, die einen Anstieg der Armut zur Folge hat. Gewiss hat Europa bei der Ausbeutung dieses Planeten an vorderster Front agiert. Dennoch nimmt es auch bei der Schaffung einer sozial nachhaltigeren Gesellschaft eine Vorreiterrolle ein. In einer Zeit, in der um uns herum Menschen aus aller Welt nicht nur nach materiellem Wohlstand, sondern auch nach einer wirklichen Verbesserung ihrer Lebensqualität streben, dürfen wir diesen Traum nicht aufgeben. Gerade jetzt ist es an der Zeit, dass alle Menschen dieses Planeten gemeinsam den Weg der nachhaltigen Entwicklung beschreiten, indem wir aus der Vergangenheit Lehren ziehen und unseren Verbrauch von nicht erneuerbaren Energien und unsere Treibhausgasemissionen drastisch reduzieren.

Die Suche nach dem Weg zu diesem „New Deal“ für die Bürger Europas und der Welt ist kein Selbstläufer. Die Herausforderungen sind gewaltig: Bildung muss vermittelt, Gesundheit sichergestellt und für alle erschwinglich gemacht, Armut und Diskriminierung bekämpft werden, während die Sozialsystem gleichzeitig finanziell intakt gehalten werden müssen. Dies ist keine leichte Aufgabe. Dabei ist die Beteiligung aller Akteure gefragt. Die Regierungen, von der lokalen bis zur europäischen Ebene, tragen eine Verantwortung gegenüber ihren Bürgern. Sie müssen wieder die Initiative übernehmen und sozialpolitische Prioritäten neu festlegen. Der Mensch muss wieder in den Mittelpunkt der politischen Agenda gerückt werden. Unternehmen aller Größenordnungen müssen sich diesen neuen Herausforderungen ebenfalls stellen; an die Stelle des Shareholder Value muss in ausgewogener Art und Weise das Ziel der Schaffung von Stakeholder Value treten. Aber auch wir Bürger müssen uns in unserer Eigenschaft als Verbraucher, Studenten, Arbeitnehmer (mit oder ohne Beschäftigungsverhältnis) oder Unternehmer verantwortungsvoll verhalten. Wir alle können von einem echten sozialen Europa profitieren. Wirklichkeit werden kann dies aber nur, wenn wir alle zur Schaffung dieser neuen Gesellschaft in großem oder kleinem Umfang unseren Beitrag leisten.

11. Oktober 2008

Montreuil, Frankreich